

FREMD IM BRUDERLAND

Vertragsarbeit und das Ende des Goldbroilers

Patrice G. Poutrus

Mein Weg zur Beschäftigung mit Migration in die DDR und mit dem Leben von Migrant*innen in Ostdeutschland war eng verknüpft mit meiner persönlichen und politischen Auseinandersetzung mit dem Erbe des untergegangenen SED-Staates. Ende 1990 hatte ich mit 29 Jahren begonnen Geschichte und Sozialwissenschaften an der Ostberliner Humboldt-Universität (HUB) zu studieren. Dort merkte ich aber erst so richtig, was ich alles in der DDR nicht gewusst und gelernt hatte. Mir fehlten wesentliche Kenntnisse in alten und modernen Fremdsprachen, mein Wissen über den von mir so vehement abgelehnten Kapitalismus, die »bürgerliche« Demokratie wie auch über die Geschichte des Kommunismus erwies sich alsbald als ziemlich rudimentär. Schließlich fiel mir auch auf, dass ich ein deutlich anderes Deutsch als die Westberliner*innen und westdeutschen Studierenden sprach, die mit den neuen Professor*innen an der Humboldt-Universität schon bald den Ton vorgaben. Zugleich war diese Zeit der offenbar werdenden Defizite auch eine Zeit der andauernden Auseinandersetzungen zwischen Studierenden und Lehrenden an der HUB.

So einfach war das nicht

Wir stritten mit den alten ostdeutschen Professor*innen über ihre Vergangenheit im SED-Staat und die daraus folgenden mangelhaften Studienbedingungen in der Ge-

genwart. Mit den neuen westdeutschen Professor*innen stritten wir über unsere Vergangenheit in der DDR und darüber, woher sie denn so genau wissen wollten, was jetzt für uns, die Humboldt-Universität und Ostdeutschland das Beste sein sollte. Schließlich stritten wir Studierenden untereinander beinahe jeden Tag darüber, was wir für ein Leben in der DDR geführt hatten und was das jetzt noch bedeuten würde.¹

In diesen Debatten hatte ich recht schnell den Eindruck gewonnen, dass die allgegenwärtigen Urteile über die DDR als totalitäre Diktatur beziehungsweise als stillgestellte Gesellschaft sich kaum auf mehr als oberflächliches Wissen stützten.² Mein häufigster Gedanke und auch oft formulierter Satz war zu dieser Zeit dann auch: »So einfach war das aber nicht!« Diesen richtete ich nicht nur an meine misstrauischen westdeutschen Professor*innen und deren Hilfskräfte, Mitarbeiter*innen und Assistent*innen, sondern auch an jene Zeitgenoss*innen unter den Studierenden, die so oder so mit der DDR-Vergangenheit abschließen wollten. Mit dieser, meiner eigenen Vergangenheit war ich aber noch nicht fertig und wie ein klassischer Zeitzeuge glaubte ich tatsächlich deshalb auch, dass ich aus meiner biografischen Erfahrung heraus leichter den Weg zu einem besseren, vermeintlich gerechteren Verständnis von SED-Staat und ostdeutscher Gesellschaft finden könnte. Ich beschloss deshalb nicht nur Geschichte zu studieren, sondern auch Geschichte (auf-)schreiben zu wollen.

Die Geschichte des Goldbroilers

Mein Interesse galt weniger einer politischen Rehabilitation der DDR oder ihrer grundsätzlichen Verurteilung. Mich interessierte vielmehr, wie realsozialistische Diktatur und alltägliches Leben miteinander verbunden waren,³ um die ostdeutsche Gesellschaft in der Gegenwart verstehen zu können.

Deshalb wählte ich nach einem etwas gequälten und mäßigen Anlauf zur unmittelbaren Nachkriegsgeschichte der Berliner Universität⁴ nach meinem Studienabschluss ein Thema aus der Konsumententwicklung der DDR, die Geschichte des Goldbroilers. Damit wurde ich, zu meiner großen Überraschung, beim neugegründeten Zentrum für Zeithistorische Forschungen (ZZF) in Potsdam als Doktorand eingestellt. Zu Hilfe kam mir dabei sicher die auch in der Rückschau enorm wirkende Forschungskonjunktur zur DDR-Geschichte ab Mitte der 1990er Jahre.⁵ Im Kontrast zur damals sich ausbreitenden Enthüllungs- und Entlarvungsforschung⁶ wollte ich zeigen, welche Bedeutung Essen und Sattwerden für die Bürger*innen der DDR hatte, und wie dies unter den Bedingungen der Planwirtschaft möglich wurde. Aber anders als von mir angenommen, waren mir meine vorwissenschaftlichen Erfahrungen beim Verzehr von Goldbroilern dabei nur eine geringe Hilfe. Weder gewann ich dadurch eine Hilfestellung bei der Durchforschung der beinahe unendlichen Aktenberge, die in den Archiven des Bundes und der ostdeutschen Länder damals meist unbearbeitet lagerten. Noch half mir die Erinnerung an nette Stunden in der Goldbroiler-Bar am Alexanderplatz dabei,⁷ die keineswegs grad-

linigen Entscheidungs- und Planungsstrukturen des SED-Staates in einen schlüssigen Zusammenhang mit Lebensmittelerzeugung, Konsumgewohnheiten und Wohlstandserwartungen in der DDR zu bringen.⁸

Was ich aus meinen Studien erfuhr, war keineswegs dafür geeignet, eine einfache Geschichte vom guten Leben hinter der Mauer zu schreiben. Es ging um politischen Voluntarismus, daraus folgende Misswirtschaft, Mangelerfahrungen und einen weitgehend anstrengenden Alltag in der geschlossenen Gesellschaft des SED-Staates.⁹ Es ging auch um Improvisation, Einfallsreichtum und Eigensinn von DDR-Bürger*innen,¹⁰ aber es ging ebenso um Nepotismus, Misstrauen und Willkür gegenüber diesen Menschen vonseiten der Vertretung des SED-Staates.¹¹ All diese »Erscheinungen« hatte ich am Beginn meines Studiums mit dem Untergang der DDR verbunden und nun konnte ich nicht umhin mir einzugestehen, dass sie schon Jahrzehnte zuvor dominant und virulent für die Verhältnisse im »Ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat« waren.

Fremdgemacht im Osten

Zum Zeitpunkt, als ich damit beschäftigt war, die eher losen Enden unübersichtlicher Erzählstränge meiner Untersuchungen zu einem Buch zusammenzuknoten, brach in der deutschen Öffentlichkeit eine neue Schulddebatte aus, für die die DDR-Geschichte erneut ein zentrales Argument war.

Gemeint ist die heftige außerwissenschaftliche Auseinandersetzung um die Ursachen und die Bedeutung der bis dahin einzigartigen Welle rassistischer Gewalt, die insbesondere Ostdeutschland im Sommer 2000

erschütterte. Diese Situation war für Jan C. Behrends, Dennis Kuck und mich damals der Anlass, in einem Thesenpapier auf (zeit-)historische Ursachen der sogenannten Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland hinzuweisen. Nach unserer Auffassung sollte der gegenwärtige Rassismus in den Neuen Ländern genauso wie die wirtschaftliche Krise als an spezifische Voraussetzungen aus der DDR-Geschichte gekoppelt betrachtet werden. Die sozialhistorische Forschung zu dieser Thematik steckte indessen noch in den Kinderschuhen.¹² Im Vordergrund stand zunächst das politische System der DDR, während die Forschung zu gesellschaftlichen Randgruppen in dieser staatssozialistischen Diktatur bewusst oder unbewusst vernachlässigt wurde.¹³ Wir versuchten, einige Erklärungsansätze für die Fremdenfeindlichkeit – wie wir es damals nannten – auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zu entwickeln, die sich an den historischen Bedingungen des Umgangs mit und der Wahrnehmung von »Fremden« in der ehemaligen DDR orientierten. Sowohl ältere mentalitätsgeschichtliche Prägungen der ostdeutschen Bevölkerung als auch sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Bedingungen im Staatssozialismus wurden von uns berücksichtigt; im Mittelpunkt standen allerdings die spezifischen Modalitäten der Lebenswelt von »Fremden« in der DDR.¹⁴

Unser Anliegen war es, mit dem Thesenpapier die Diskussion um die Ursachen von Rassismus in Ostdeutschland – die zunächst hauptsächlich auf die Härten des Transformationsprozesses zurückgeführt wurde – um eine historische Perspektive zu ergänzen. Dabei war uns durchaus klar, dass historische Erklärungen von Rassismus, also der Rekurs auf in der Vergangenheit liegende Umstände und Tatsachen, womit die in der DDR und

auch davor liegende Zeit gemeint waren, keine exklusiven Erklärungen des Phänomens beanspruchen können. Wir schlossen die ökonomischen und mentalen Verwerfungen der Systemtransformation nicht aus unserem Erklärungsansatz aus. Wir meinten aber, schon in der DDR waren sowohl die gesellschaftliche Stellung »Fremder« als auch der Umgang der herrschenden SED mit ihnen prekär und ambivalent. Nach 1989/90 kam es nach unserer Auffassung zu einer Dynamisierung bereits vorhandener gesellschaftlicher Spannungszustände. Als angehende (Zeit-)Historiker konzentrierten wir uns deshalb auf die Problematik der Zeit vor 1989.¹⁵

In der öffentlichen Auseinandersetzung um die Ursachen dieser rassistischen Gewalt in Ostdeutschland hatte sich jedoch eine starke Polarisierung entwickelt: Entweder wurde die problematische DDR-Geschichte zur Entschuldigung von Politikdefiziten seit 1990 herangezogen,¹⁶ oder die Schwierigkeiten der Transformation galten als ausschließliche Ursache für den virulenten Rechtsradikalismus und die anhaltende rassistische Gewalt.¹⁷ Wir waren gleichwohl der Ansicht, dass, wenn in der öffentlichen Debatte von Autor*innen aus der untergegangenen DDR für die Anerkennung der spezifischen Eigenheiten Ostdeutscher im vereinten Deutschland gestritten wird, dann sollten auch die Schattenseiten der vergangenen DDR-Gesellschaft – und was heute noch davon virulent ist – als solche kritisch thematisiert werden. Problematisch erschien es uns etwa, wenn die enorme Staatsfixiertheit und der hohe Stellenwert von sozialer »Gleichheit« in der DDR-Gesellschaft in Ostdeutschland als ein Wert betrachtet wird, den es eins zu eins als zu bewahrendes Erbe in das vereinigte Deutschland hinüberzuretten gelte. Derartige mentale Überhänge sollten in ihrer

Ambivalenz anerkannt werden: Es handelte sich nach unserer Auffassung zugleich um gesellschaftliche Hypothesen und konstruktive Wertvorstellungen. Die Kehrseite der vom Staat her gewährten und organisierten »Gleichheit« machte sich in der ostdeutschen Gegenwart als weitreichender Mangel an zivilgesellschaftlichem »Sozialvermögen« (social capital) bemerkbar, der die Stellung »Fremder« in der ostdeutschen Gesellschaft beeinträchtigte und ihre Integration nach dem Ende des SED-Staates wesentlich erschwerte. Es erschien uns dringend geboten, die aus DDR-Zeiten tradierte und fortwährend genährte Illusion zu entkräften, dass allein der Staat in der Lage sei, die gesellschaftlichen Konfliktlagen – auch im Umgang mit »Fremden« – »von oben« zu lösen. Genauso wenig wollten wir mit dem Verweis auf die historischen Wurzeln dieser Erwartungshaltung erreichen, dass sich die neuen Täter*innen und die Gesellschaft, die ihren Verbrechen tatenlos zusieht, von ihren jeweiligen Verantwortlichkeiten freisprechen.¹⁸

Die Frage nach den Konstruktionen von »Eigenem« und »Fremdem«, nach den Grenzen des »Eigenen« und nach den Konsequenzen dieser Konstrukte in der diktatorisch verfassten Gesellschaftsordnung des SED-Staates stand im Mittelpunkt unserer Überlegungen. Wir gingen davon aus, dass rechtsradikale Ideologien und Einstellungen durch diese Konstruktionen konserviert werden konnten und rassistische Gewalt auch legitimiert wurde. Allerdings waren wir auch der Auffassung, dass die alltägliche Feindseligkeit gegenüber scheinbaren Fremden darin nicht aufgehen würde. Vielmehr waren wir der Auffassung, dass für die DDR wie für alle modernen Gesellschaften gilt, dass aus transnationaler Migration resultierende interkulturelle Begegnung eine fundamentale He-

erausforderung darstellten. Obwohl die DDR eindeutig als Ausreise- und nicht als Einwanderungsgesellschaft charakterisiert werden kann, galt dies auch für den SED-Staat. Deshalb konzentrierten wir uns anfänglich auf Forschungen zum Umgang mit sogenannten Ausländern in der DDR. Wer in der DDR aber als »fremd« kategorisiert und dann auch wahrgenommen wurde, richtete sich keineswegs exklusiv nach rassistischen Vorstellungen. Das Bild des »Klassenfeindes« etwa war keine rassistische Konstruktion, sondern ein potentiell flexibler Mechanismus zur Ausgrenzung. Der lärmende Anti-Amerikanismus und die verbreitete Feindschaft gegen Westdeutsche zeigen, dass die Grenzen der vorgestellten Gemeinschaft in der DDR fluide waren und sich nicht nur an ethnischen Kriterien orientierten. Auch innerhalb der geschlossenen Gesellschaft des Staatssozialismus spielte die Fremdheit zwischen soziokulturellen Gruppierungen eine wesentliche Rolle; nicht zuletzt die zwischen der einer exklusiven Sphäre der Herrschaft angehörenden Funktionärselite des SED-Staates und der breiten Masse der DDR-Bürger*innen.¹⁹

Bei der Verifikation unserer Überlegungen erwies sich die bis dato rudimentäre Forschung zum Umgang mit und der Wahrnehmung von Fremden in der DDR als zentrales Problem. Bereits 1998, also zwei Jahre vor unserem Thesenpapier, hatte die damalige Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg, Almuth Berger, auf der Brühler Tagung »Prekäre Lebenslagen. Disziplinierung und Normalisierungsdruck in der Arbeitsgesellschaft DDR« angeregt, Lebensbedingungen und soziale Praktiken im Umgang mit Ausländern in der DDR, in einem eigenständigen Forschungsprojekt zu untersuchen. Das Thesenpapier war quasi der erste Schritt in

diese Richtung. Nach ersten Vorüberlegungen im Rahmen der Projektgruppe »Herrschaft und Eigen-Sinn« am ZZF und der Konferenz »Fremde und Fremd-Sein in der DDR« im Dezember 2000 entstand 2001 die gleichnamige Projektgruppe. Es gelang – in veränderter Besetzung – zwei kleinere Forschungsprojekte durch Stiftungsmittel zu finanzieren. Wobei es zu den Merkwürdigkeiten dieser Entwicklung zählte, dass ausgerechnet das Teilprojekt zum Lebensalltag von sogenannten Vertragsarbeiter*innen in der DDR als nicht förderungswürdig betrachtet wurde und wir darauf angewiesen waren, die sich daraus ergebende Lücke durch Kooperationen mit anderen Kolleg*innen zu schließen.²⁰ Die Ergebnisse unserer damaligen Arbeit sind inzwischen breit rezipiert und vor allem hat sich die Forschungslage in den folgenden Jahren ganz erheblich verbessert.²¹ Inwieweit diese umfangreichen und auch differenzierten Wissensbestände zu Migration und migrantischem Leben in der DDR auch Bestandteil einer öffentlichen Debatte darum wurden, das steht auf einem anderen Blatt. Gerade deshalb ist es weiterhin lohnend, dieses Wissen zu rekapitulieren.

»Geschlossene Gesellschaft«
– Vertragsarbeiter*innen in der DDR

Die Arbeitsmigrant*innen aus Vietnam, Mosambik, Angola, Kuba, Algerien, Ungarn und Polen bildeten die größte Gruppe von in der DDR lebenden Ausländern – abgesehen von den sowjetischen Truppen, denn zum Zeitpunkt der »friedlichen Revolution« 1989/90 befanden sich in der DDR noch etwa 580.000 Soldaten, Zivilangestellte und Familienangehörige in den ostdeutschen

Standorten der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD).²² Im Jahr 1989 registrierte der SED-Staat rund 95.000 ausländische Beschäftigte.²³ Die Gruppe der Vertragsarbeiter*innen lag damit auch weit vor den wenigen politischen Emigrant*innen²⁴ und der deutlich größeren Gruppe ausländischer Studierender.²⁵

In der neueren Forschung herrscht weitgehende Einigkeit darüber, dass der entscheidende Grund für die Beschäftigung von »ausländischen Werkträgern« der zunehmende Arbeitskräftemangel in der zentralistischen Planwirtschaft war. Zugleich gingen die ausländischen Arbeitskräfte, die Repräsentant*innen der jeweiligen Entsendeländer und ihre administrativen Partner*innen in der DDR sowie die ostdeutsche Bevölkerung davon aus, dass mit der Arbeitsmigration keine langfristige Einwanderung verbunden sein würde.²⁶ Geregelt wurde die Beschäftigung der ausländischen Arbeitsmigrant*innen in der DDR auf der Grundlage bilateraler Regierungsabkommen. Diese zwischenstaatlichen Verträge legten den zeitlichen und personellen Umfang der Beschäftigung fest, außerdem die Lohnhöhe sowie Einkommenstransfers in das Herkunftsland, Anreise- und Urlaubsregelungen, Sozial- und Ausbildungsleistungen sowie den Anstellungsort und die Unternehmungsmodalitäten.²⁷ Im Ergebnis fanden die Vertragsarbeiter*innen vor allem in Branchen und Betrieben Anstellung, in denen die ostdeutschen Werkträgern nur ungern einer Beschäftigung nachgehen wollten. Das traf insbesondere auf körperlich schwere, beziehungsweise gesundheitsschädigende Arbeiten zu und galt auch für Betriebsabläufe im Zwei- bzw. Drei-Schicht-System. Außerdem war die konzentrierte und kontrollierte Unterbringung der meisten ausländischen Arbeitsmigrant*innen in Wohnunterkünften eine

direkte Folge dieser Vereinbarungen zwischen den Regierungen der Entsendeländer und der DDR-Regierung.²⁸

In der offiziellen Propaganda galt der Aufenthalt der »ausländischen Werkträgigen« im Arbeiter-und-Bauern-Staat als »Arbeitskräftekooperation« im Rahmen der »sozialistischen ökonomischen Integration«: Durch »Arbeitskräftekooperation« sollte das unterschiedliche Entwicklungsniveau zwischen den sozialistischen Staaten ausgeglichen werden. Der Aufenthalt in der DDR sollte insbesondere die vietnamesischen »Werkträgigen« auf die »künftige Arbeit beim Aufbau des Sozialismus« vorbereiten und galt entsprechend als staatlicher Auftrag, dem die »Entsandten« ihre persönlichen Interessen unterzuordnen hatten.²⁹ In der Presse wurde ein ausnahmslos harmonisierendes Bild vom Leben und Arbeiten von Vertragsarbeiter*innen in der ostdeutschen Gesellschaft gezeichnet. Hilfsbereitschaft, Solidarität und harmonisches Lernen und Arbeiten mit und vor allem von Seiten der ostdeutschen Kolleg*innen wurden hervorgehoben. Rührung, Herzlichkeit und Zuneigung wurden vorgestellt, aber das alltägliche Zusammenleben in der Mangel- und Misstrauensgesellschaft der DDR kam schlicht nicht vor. Widersprüche und Konflikte wurden – wenn überhaupt – nur als Anpassungsprobleme der Arbeitsmigrant*innen an den Alltag in der »fortschrittlichen« Industrieproduktion dargelegt. Implizit erschienen die Vertragsarbeiter*innen entweder als Bestätigung des kommunistischen Ideals vom Revolutionär in der Welt oder sie galten als behütete Schützlinge und folgsame Schüler*innen des Sozialismus in der DDR.³⁰

Insbesondere die Beschäftigung von Menschen aus Vietnam und Mosambik prägte durch deren Quantität und Kontinuität in

der DDR der 1980er Jahre das Bild von den Arbeitsmigrant*innen. Immerhin waren 1989 aus den beiden genannten Staaten rund 52.000 bzw. 15.000 Personen als Beschäftigte in der DDR-Industrie registriert. Die Gründe dafür lagen aber nicht allein im notorischen Arbeitskräftemangel der Planwirtschaft. Vietnam und Mosambik rangen am Ende der 1970er Jahre mit den Folgen jahrzehntelanger Dekolonisationskonflikte, die durch die globale Blockkonfrontation im Kalten Krieg radikal ausgeweitet worden waren: Massive Kriegszerstörungen, hohe Auslandsverschuldung, wirtschaftliche Krisenerscheinungen sowie Versorgungsengpässe bei Grundnahrungsmitteln und gleichzeitige Massenerwerbslosigkeit führten dazu, dass die »kommunistischen« bzw. »prokommunistischen« Regierungen der beiden Staaten großes Interesse an Vereinbarungen zum Arbeitskräftetransfer in die verbündeten Staaten in Europa hatten.³¹ Angeworben werden sollten insbesondere junge Arbeitskräfte im Alter zwischen 18 und 35 Jahren, weil diese Altersgruppe als besonders leistungsfähig angesehen wurde. Die Beschäftigung der Vertragsarbeiter*innen sollte dennoch auf einen Zeitraum von jeweils vier Jahren begrenzt bleiben, wobei aber die Möglichkeit einer Verlängerung auf sieben Jahre bestand, wenn die Betriebe sie für unabkömmlich hielten. Ab 1987 sollte es dann möglich sein, dass vietnamesische Vertragsarbeiter*innen auch für fünf Jahre in der DDR einer Arbeit nachgingen. Allerdings war ein Übergang in eine permanente Anstellung mit einem entfristeten Aufenthaltsrecht kein Gegenstand der bilateralen Übereinkünfte.³²

Migrantische Kämpfe – Selbstorganisation, Streiks und strukturelle Gefährdung

Trotz dieser weitgehenden Restriktionen durch den SED-Staat und die Entsendeländer suchten insbesondere vietnamesische Arbeitsmigrant*innen die vorgefundene Situation in ihrem eigenen Sinn zu nutzen. Aufgrund des Wohlstandsgefälles zwischen der DDR und ihrem Herkunftsland trugen sie marktwirtschaftliche Elemente in die Betriebe und Kaufhallen. Da ihr Aufenthalt als begrenzt angesehen werden musste, waren sie bestrebt, während dieser Zeit ihre Familien nach Möglichkeit zu unterstützen. So bemühten sie sich beispielsweise durch Übererfüllung der geforderten Arbeitsleistung, ein hohes Einkommen zu erzielen, was ihnen partiell den Ruf von »Normbrechern« einbrachte. In Thüringen kam es aufgrund dieses Mechanismus zu Beginn der 1980er Jahre zu einem Überfall einheimischer Jugendlicher auf ein Wohnheim in dem Vietnames*innen lebten, die die Vertragsarbeiter*innen – laut eines Berichts des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) – von weiterer Normübererfüllung abhalten wollten.³³ Allerdings wäre es in diesem Zusammenhang unzutreffend anzunehmen, dass insbesondere die vietnamesischen Arbeitsmigrant*innen keine Mittel besaßen, sich in solchen Konfliktlagen zu wehren, oder dass sie in solchen Situationen einfach zurückwichen.³⁴ In Vietnam hatten sie ein strenges Überprüfungsregime durchlaufen, das aber auch nicht frei war von Nepotismus und Korruption. Unabhängig davon sahen sie sich berechtigt beziehungsweise verpflichtet, die vorgefundenen Verhältnisse nicht einfach zu akzeptieren, sofern sie ihren Erwartungen oder Interessen nicht entsprachen.³⁵ Aus den Unterlagen des Ministeriums für Staatsicherheit (MfS) lassen

sich auffallend häufig betriebliche Auseinandersetzungen bis hin zu Streikaktionen nachweisen. Das ist insofern bemerkenswert, weil Formen der organisierten Interessenvertretung außerhalb der offiziellen Strukturen des SED-Staates untersagt waren. Dennoch kam es zu Arbeitsniederlegungen, um zugesagte Ausbildungsvereinbarungen durchzusetzen, eine verbesserte Vergütung der Arbeit zu erreichen oder auch um die Arbeitsbedingungen zu verändern.³⁶

In diesen Auseinandersetzungen bewegten sich die protestierenden Arbeitsmigrant*innen, aber auch die Betriebsleitungen der jeweiligen Staatsunternehmen auf einem schmalen Grat. An einer öffentlichen Skandalisierung der Vorgänge konnten beide Seiten kein Interesse haben, weil dann für alle Beteiligten drakonische Maßnahmen der übergeordneten Leitungsebenen zu erwarten waren: Abschiebung der sogenannten Vertragsarbeiter*innen in das Entsendeland und Absetzung von Funktionsträger*innen waren die zu erwartenden Folgen. Gerade deshalb war für beide Seiten der Handlungsspielraum relativ gering und nicht ohne Risiko, auch wenn sich zeigte, dass es insbesondere den vietnamesischen Arbeitsmigrant*innen in einigen Fällen durchaus möglich war, ihre Lage innerhalb des bestehenden Ausbildungs-, Bezahlungs- und Arbeitsregimes graduell zu verbessern.³⁷

Insbesondere wenn es zwischen Vertragsarbeiter*innen und Einheimischen zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kam, verurteilten die Justizorgane des SED-Staates bei gleichen Strafvorfällen ausländische Angeklagte deutlich härter als ostdeutsche. Auffällig ist zugleich, dass insbesondere mosambikanische Vertragsarbeiter überdurchschnittlich oft wegen Sexualdelikten angeklagt und verurteilt wurden.³⁸ In diesen

Zusammenhang gehören auch jene Übergriffe, die von der Migrationsforschung bisher nur am Rande einbezogen wurden und bisher ganz überwiegend von lokalen Geschichtsinitiativen und einer interessierten Öffentlichkeit bearbeitet wurden. Dies gilt insbesondere für die über Tage anhaltenden Ausschreitungen gegen algerische Arbeitsmigrant*innen in Erfurt in August 1975 und den gewaltsamen Tod von zwei kubanischen jungen Männern am 12. August 1979 in Merseburg.³⁹ Gemeinsam war diesen sehr verschiedenen Auseinandersetzungen immer, dass sie in der gelenkten Öffentlichkeit der DDR nicht thematisiert wurden und dass die Arbeitsmigrant*innen gegenüber ihren ostdeutschen Kolleg*innen und den Institutionen des SED-Staates situativ und strukturell gefährdet bis unterlegen waren.

In außergewöhnlichen Konfliktkonstellationen wie auch bei der Bewältigung des Alltagslebens waren die eher spärlichen und engen Unterkünfte für die sogenannten Vertragsarbeiter*innen ein gesicherter Rückzugsraum und auch eine Ressource für Informationsaustausch und praktische Unterstützung. Die vertraglich geregelte Reglementierung des Lohntransfers machten es insbesondere für die vietnamesischen Arbeitsmigrant*innen attraktiv, vom verbleibenden Lohn Konsumprodukte zu erwerben, die für die eigene Familie daheim unerschwinglich waren oder für die auf dem einheimischen grauen oder auch schwarzen Markt ein hoher Wiederverkaufswert erzielt werden konnte. In jedem Fall war das Motiv, die Lebensverhältnisse der zurückgebliebenen Familien stabilisieren zu helfen. Als Wertanlagen, die es in die Heimat zu schicken galt, waren insbesondere Fahrräder und Mopeds begehrt. Dafür brauchte es ein funktionierendes Netzwerk

für den Austausch von Informationen über das schwankende Warenangebot in der DDR, eine arbeitsteilige Organisation für den Ankauf der begehrten Güter sowie deren gesicherten Transport in die Heimat, um so den Beschränkungen des Warenverkehrs ins Ausland begegnen zu können.⁴⁰ Damit agierten die vietnamesischen wie auch andere Arbeitsmigrant*innen aber auf einem gesellschaftlichen Konfliktfeld, das in der ostdeutschen Bevölkerung ein ständiger Anlass für Beschwerden und Unzufriedenheit war. Obwohl diese Arbeiten in der sich ausweitenden Schattenwirtschaft auch stabilisierende Effekte hatten, zeigte sich mit der Zuspitzung der Versorgungskrise in der DDR Ende der 1980er Jahre, dass Schlagworte wie »Schmuggel« und »Warenabkauf« durch Ausländer in den gesteuerten DDR-Medien wiederholt Aufnahme fanden. Letztlich versuchte die SED-Propaganda auf diesem Wege, von der verfehlten Wirtschaftsentwicklung im realexistierenden Staatssozialismus abzulenken.⁴¹

Mit dem rapiden Machtverlust der SED im Herbst und Winter 1989/90 ging nicht nur die Illusion der ökonomischen Stärke bzw. der Reformierbarkeit der Planwirtschaft verloren, sondern auch die Kontrolle über die staatlichen Betriebe. Damit landeten die Arbeitsmigrant*innen trotz fortwährender Gültigkeit der bilateralen Entsendevereinbarungen in einem rechtlichen Niemandsland. In der sich abzeichnenden Systemkrise sahen sich viele nun massiv unter Druck gesetzt: Betriebliche Unterkünfte wurden aus Kostengründen geschlossen, und die Vertragsarbeiter*innen zählten zu den Ersten, die von betrieblichen Kündigungen betroffen waren. Insbesondere außerhalb der ostdeutschen Großstädte breitete sich ein xenophobes Klima aus, dessen radikalster Ausdruck gewaltsame

Übergriffe waren. Um diesen Verhältnissen zu entgehen, folgten zahlreiche Migrant*innen dem Weg ihrer ostdeutschen Kolleg*innen und gingen nach dem Fall der Mauer nach Westdeutschland und beantragten dort Asyl.⁴² Zugleich bemühte sich die inzwischen frei gewählte und zugleich letzte Regierung der DDR im Sommer 1990 darum, die gezielte Rückführung der nun ehemaligen Vertragsarbeiter*innen in ihre Entsendeländer durch finanzielle Unterstützungszahlungen zu befördern. Auf dem Weg der Regierungsverordnung wurden zeitgleich weitere Übergangsregelungen erlassen, die vor allem auf Rückführung und nicht auf gesicherten Aufenthalt der Migrant*innen zielten. Die gewandelte gesellschaftliche Situation in der DDR und die damit einhergehenden staatlichen Maßnahmen führten schließlich dazu, dass von den Ende 1989 registrierten etwa 59.000 vietnamesischen und 15.100 mosambikanischen Vertragsarbeiter*innen zum Zeitpunkt der deutschen Einheit lediglich noch 21.000 bzw. 2.800 in Ostdeutschland lebten.⁴³

Nach dem Mauerfall: Die vietnamesische Community in Ostdeutschland

Mit der deutschen Einheit kam das bundesdeutsche Ausländerrecht auch in Ostdeutschland zur Anwendung. Als Folge der damit wirksam werdenden Bestimmungen wiesen die fünf »neuen«, ostdeutschen Bundesländer (und Ost-Berlin) eine migrationssoziologische Gemeinsamkeit auf, die sie auch nach der deutschen Vereinigung als eine regionale Einheit beschreibbar macht: Bis in die Mitte des ersten Jahrzehntes des 21. Jahrhunderts hinein blieb Ostdeutschland ganz überwiegend eine Auswanderungsregion mit

Bevölkerungsverlust. Eine Zu- bzw. Einwanderung erfolgte fast ausschließlich über die staatlich reglementierte Zuweisung von Geflüchteten. Zur ausländischen Bevölkerung in Ostdeutschland gehörten aber nicht zuletzt auch die etwa 15.000 bis 20.000 ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter*innen und deren Familien, die in der Bundesrepublik verbleiben konnten. Ganz überwiegend ließen sie sich im Raum Berlin-Brandenburg nieder, aber auch an anderen früheren Standorten der Vertragsarbeit wie Magdeburg, Leipzig und Rostock blieben kleinere vietnamesische Gemeinschaften erhalten. Auch wenn heutzutage die Integration dieser ethnischen Minderheit in Ostdeutschland als weitgehend unproblematisch beziehungsweise geglückt gilt, war der Weg dahin keineswegs selbstverständlich.⁴⁴ Insbesondere die deutsche Einheit brachte für die meisten vietnamesischen Vertragsarbeiter*innen und ihre Angehörigen eine über Jahre andauernde Zeit voller existenzieller Nöte und tiefer Verunsicherung. Auch das 1991 geänderte Ausländerrecht der Bundesrepublik verschaffte ihnen keinen gesicherten Aufenthaltsstatus. Sie erhielten lediglich einen befristeten Aufenthaltstitel, der sich an der ursprünglichen Laufzeit ihrer noch mit der DDR abgeschlossenen Verträge orientierte.⁴⁵ Die einzige Möglichkeit in dieser Lage, die eigene Existenz in Ostdeutschland abzusichern, waren Beschäftigungen am Rande der Legalität beziehungsweise durch Selbstaussbeutung im Kleinstgewerbe, da unter dem ungesicherten Aufenthaltsstatus die Inanspruchnahme von Sozialleistungen die alsbaldige Abschiebung bedeutet hätte. Bereits 1993 bemühten sich die Ausländerbeauftragten der ostdeutschen Bundesländer durch eine gemeinsame Initiative, den aufenthaltsrechtlichen Schwebezustand zu beenden. Das gelang de facto

jedoch erst 1997. In dieser Zeit der existenziellen Unsicherheit erwiesen sich diejenigen informellen Netzwerke als eine bedeutsame Hilfe, welche bereits in der DDR den vietnamesischen Arbeitsmigrant*innen geholfen hatten, sowohl die Erschwernisse des Alltages zu bewältigen als auch den Kontakt zur Familie daheim aufrechtzuerhalten. Daraus entstanden Initiativen, die dazu beitrugen, den ungesicherten Aufenthaltsstatus zu stabilisieren.⁴⁶

Keine »Stunde Null« – Brüche und Kontinuitäten zwischen Vergangenheit und Gegenwart

Dies alles in Betrachtung der gegenwärtigen Verhältnisse einbezogen, wird meines Erachtens deutlich, dass es von erheblichen Erkenntnisgewinn ist, die politischen, ökonomischen und sozialen Umbrüche von 1990 und danach nicht als eine »Stunde Null« in Ostdeutschland zu betrachten. Während der SED-Herrschaft wurden in der geschlossenen Gesellschaft weder die politischen Beweggründe noch der ökonomische Nutzen der Arbeitsmigration in die DDR offen debattiert. So wurden auch die sogenannten Vertragsarbeiter*innen wie unwillkommene Abgesandte und Nutznießer*innen des politischen Zwangssystems betrachtet, ganz ähnlich wie die sowjetischen Soldaten, ausländischen Studierende oder die politischen Emigrant*innen. Die Folge war, dass alle Zuwander*innen tendenziell als Kostgänger*innen beziehungsweise oktroyierte Belastung der Aufnahmegesellschaft in Ostdeutschland wahrgenommen wurden.

Insbesondere im öffentlichen Umgang mit Flüchtlingen und Asylsuchenden haben etliche ostdeutsche Kommunal- und Landes-

politiker*innen bewusst oder unbewusst an diese überkommene Traditionslinie aus vordemokratischer Zeit angeknüpft. Damit wurde in der ostdeutschen Gesellschaft immer wieder eine Position gestützt, die eine ethnisch homogene Gesellschaft als Idealbild guter Ordnung präferiert. So kann es nicht überraschen, dass Ausländerfeindlichkeit und Rassismus auch zu Zeiten sinkender Flüchtlingszahlen zu den alltäglichen Erfahrungen von Zuwanderer*innen in den ostdeutschen Bundesländern in den ersten fünfzehn Jahren nach der deutschen Einheit gehörten.

Als Zeitzeuge in einem mir immer fremder werdenden Land

Genau zu dieser Zeit fand unser Projekt »Fremde- und Fremd-Sein in der DDR« seinen Abschluss, d.h. die Förderung lief fristgemäß aus. Allerdings war für mich die geschichtswissenschaftliche wie auch geschichtspolitische Auseinandersetzung mit diesem Themenkreis keineswegs beendet, auch wenn sich meine Forschungsinteressen von der Geschichte der DDR bzw. des Staatssozialismus hin zur Migrationsgeschichte im Allgemeinen und zur Geschichte des politischen Asyls im Besonderen verlagerten.⁴⁷ Die Auseinandersetzung mit den Herrschaftsstrukturen und vor allem mit der Herrschaftspraxis des SED-Staates, auch bezüglich meiner eigenen Vergangenheit, blieb Teil meiner zuweilen auch prekären Beschäftigungssituation. Vor allem, weil sich die gesellschaftlichen Verhältnisse in Ostdeutschland, die der Ausgangspunkt für unsere zeithistorischen Forschungen waren, weit weniger rasant entwickelten, als sich

das Wissen über sie vergrößerte, galten unsere Forschungen weiterhin als kontrovers und erklärungsbedürftig.⁴⁸

Ich selbst galt zeitweise als Experte in Sachen Ausländerfeindlichkeit in der DDR beziehungsweise in Ostdeutschland, was mir eine Vielzahl von Vortragsanfragen insbesondere aus Sachsen, Thüringen und Brandenburg einbrachte. Dabei machte ich die für mich befremdliche Erfahrung, dass das inzwischen ganz erhebliche zeithistorische Wissen in einem krassen Missverhältnis zur öffentlichen Debatte über das Thema stand und steht. Weiterhin wird im Zusammenhang mit rassistischer Gewalt in Ostdeutschland das Erbe der SED-Herrschaft allein verantwortlich gemacht oder es wird ausschließlich auf die problembeladene Zeit der gesellschaftlichen Transformation verwiesen und somit die DDR-Geschichte als frei von solchen Erscheinungen entlastet. Der schwierigen Debatte um Brüche und Kontinuitäten zwischen Vergangenheit und Gegenwart wurde und wird dabei sowohl von ehemaligen Vertreter*innen des SED-Staates als auch von Verantwortlichen der Landes- wie der Bundespolitik lieber aus dem Weg gegangen. Der Verweis auf das inzwischen verfügbare Wissen sowohl über Rassismus im ostdeutschen Alltag gegen über Migrant*innen als auch über rechtsextremistische Ausschreitungen in Ostdeutschland vor und nach dem Ende der DDR, wurde dann gern bagatellisiert oder auch als Diffamierung durch Ortsfremde zurückgewiesen.

Zuweilen konnte ich in solchen Debatten auch erleben, dass mir der Hinweis auf solche nachweisbaren Kontinuitäten den Vorwurf einbrachte, als ein vermeintlich zugereister ›Besser-Wessi‹ zu argumentieren, der letztlich von den Verhältnissen im ›Osten‹ ohnehin nichts verstehen könne. Wenn ich

dann aber auf meine biografischen Erfahrungen aus meiner Jugend in der DDR verwies, wurde mir entweder vorgeworfen, ich würde aus purem Opportunismus so argumentieren, um meine Karriere abzusichern, oder man könne mir ja ansehen, dass ich aus einer ›Betroffenen-Perspektive‹ argumentiere, so dass schon deshalb die von mir vorgestellten Aussagen nicht ›objektiv‹ oder ›repräsentativ‹ sein könnten. Es wurde somit sowohl meine Expertise als Zeithistoriker als auch als Zeitzeuge angezweifelt, ab und an auch mit der Drohung verbunden, dass ich besser dahin zurückkehren solle, wo ich ›eigentlich‹ hergekommen sei. Aus meiner Sicht bestätigten solche bisweilen aggressiven Formen der Abwehr und Leugnung von Kontinuitäten aus der jüngsten Vergangenheit unsere Ausgangsthese eher, aber diese Erfahrungen haben mir vor allem auch gezeigt, dass es keinen kausalen Zusammenhang zwischen der wissenschaftlichen Arbeit von Zeithistoriker*innen und den Vergangenheitsdebatten in der Öffentlichkeit gibt. Zugleich machten mir diese zugespitzten Auseinandersetzungen um Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Ostdeutschland, die Orte meiner eigenen ostdeutschen Vergangenheit, für die ich gestritten hatte, die ich verstehen und besser erklären wollte, wo ich mich aber auch unerwünscht und wiederholt bedroht fühlte, zusehends fremd. Allerdings hat dies bei mir nicht dazu geführt, dass ich meine Arbeit als Zeithistoriker aufgabe und das Thema DDR wird mich wohl auch weiterhin auf professioneller und persönlicher Ebene beschäftigen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Poutrus, Patrice G., »Noch eine Vergangenheit die nicht vergeht. Mein schwieriger Weg vom Zeitzeugen zum Zeithistoriker«, in: Enrico Heitzer u. a. (Hg.), Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe DDR. Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der DDR-Zeitgeschichtsforschung, Frankfurt/Main 2018, S. 276–291.
- 2 Sigrid Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft: Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989, 1. Aufl., Frankfurt am Main 1992.
- 3 Lepsius, Rainer M., »Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der DDR«, in: Kaelble, Hartmut / Kocka, Jürgen (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 17–29.
- 4 Poutrus, Patrice G., »Vor der Spaltung kam der Klassenkampf. Die Berliner Universität nach dem Zweiten Weltkrieg«, in: Burghard Ciesla / Michael Lempke / Thomas Lindenberger (Hg.), Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948:1958, Berlin 1999, S. 101–131.
- 5 Lindenberger, Thomas, »Ist die DDR ausgeforscht? Unsere Zeitgeschichte zwischen nationalem Boom und Globalisierung«, in: Martin Sabrow (Hg.), ZeitRäume. Potsdamer Almanach des Zentrums für Zeithistorische Forschung, 2015, S. 100–116.
- 6 Mitter, Armin / Wollé, Stefan, Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993.
- 7 Poutrus, Patrice G., »Kurzer Abriß der Geschichte des Goldbroilers«, in: NGBK (Hg.), Wunderwirtschaft. DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren, Köln 1996, S. 138–143.
- 8 Ders., »Lebensmittelversorgung, Versorgungskrise und die Entscheidung für den ›Goldbroiler‹. Problemlagen und Problemlösungen der Agrar- und Konsumpolitik in der DDR 1958–1965«, in: Archiv für Sozialgeschichte, 39. Band (1999), S. 391–421.
- 9 Ciesla, Burghard / Poutrus, Patrice G., »Food Supply in a Planned Economy: SED Nutrition Policy between Crisis Response and Popular Needs« (with Burghard Ciesla), in: Konrad H. Jarausch (Ed.), Dictatorship as Experience. Towards a Socio-Cultural History of the GDR, New York / Oxford 1999, p. 143–162.
- 10 Poutrus, Patrice G., »... mit Politik kann ich keine Hühner aufzieh'n.« Das Kombinat Industrielle Mast und die Lebenserinnerungen der Frau Knut«, in: Thomas Lindenberger (Hg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln u. a. 1999, S. 235–265.
- 11 Ders., »Industrieproduktion auf dem Lande? Das Model KIM«, in: Renate Hürtgen / Thomas Reichel (Hg.), Der Schein der Stabilität. DDR-Betriebsalltag in der Ära Honecker, Berlin 2001, S. 275–293.
- 12 Erste Veröffentlichungen dazu: Siegler, Bernd, Auferstanden aus Ruinen. Rechtsextremismus in der DDR, Berlin 1991; Waibel, Harry, Rechtsextremismus in der DDR bis 1989, Köln 1996.
- 13 Vgl. Weber, Hermann, »Zum Stand der Forschung über die DDR-Geschichte«, in: Deutschland Archiv 31 (1998), S. 249–257.
- 14 Vgl. Poutrus, Patrice G. / Behrends, Jan C. / Kuck, Dennis, »Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitschrift »Das Parlament«, B 39/2000, S. 15–21. Online abrufbar unter: <http://www.bpb.de/apuz/25428/historische-ursachen-der-fremdenfeindlichkeit-in-den-neuen-bundeslaendern> [letzter Zugriff: 23.07.2020].
- 15 Vgl. Poutrus, Patrice G. / Behrends, Jan C. / Kuck, Dennis, »Fremd-Sein in der

staatsozialistischen Diktatur. Zu historischen Ursachen von Fremdenfeindlichkeit und rassistischer Gewalt in den Neuen Bundesländern«, in: Susan Arndt (Hg.), *Afrikabilder. Studien zu Rassismus in Deutschland*, Münster 2001, S. 184–204.

16 Dahin tendiert die verkürzte Behandlung unseres Thesenpapiers in eher konservativen Tageszeitungen. *Die Welt* vom 15. August 2000; *Berliner Morgenpost* vom 15. August 2000.

17 So die polemische Replik von Thomas Ahbe im Freitag auf das Thesenpapier der Autoren. Vgl. Ahbe, Thomas, »Wilde Zucht der Muttermale«, in: *Freitag* 34, 18. August 2000, S. 5.

18 Behrends, Jan C., Lindenberger, Thomas / Poutrus, Patrice G., »Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zur Einführung«, in: Dies. (Hg.), *Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu den historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*, Berlin 2003., S. 9–21.

19 Behrends, Jan C. / Poutrus, Patrice G., »Xenophobia in the former GDR – explorations and explanation from a historical perspective«, in: Wojciech Burszta u.a. (Hg.), *Nationalisms Across the Globe. An Overview of Nationalisms in State-Endowed and Stateless Nations. Volume 1: Europe*, Poznań 2005, S. 155–170.

20 Müller, Christian Th. / Poutrus, Patrice G. (Hg.), *Ankunft – Alltag – Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnungen in der DDR-Gesellschaft*, Köln u. a. 2005.

21 Vgl. Priemel, Kim Christian (Hg.), *Transit / Transfer. Politik und Praxis der Einwanderung in die DDR 1945–1990*, Berlin 2011.

22 Vgl. Müller, Christian Th., »O' Sowjetmensch!< Beziehungen von sowjetischen Streitkräften und DDR-Gesellschaft zwischen Ritual und Alltag«. In: Ders. / Poutrus,

Patrice G. (Hg.), *Ankunft – Alltag – Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnungen in der DDR-Gesellschaft*. Köln 2005, S. 17–134; Siehe auch Satjukow, Silke, *Besitzer. »Die Russen« in Deutschland 1945–1994*. Göttingen 2008.

23 Kuck, Dennis, »Für den sozialistischen Aufbau ihrer Heimat? – Ausländische Vertragsarbeitskräfte in der DDR«. In: Jan C. Behrends et al. (Hg.), *Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in der DDR*. Berlin 2003, S. 271–281.

24 Poutrus, Patrice G., »Zuflucht im Ausreiseland. Zur Geschichte des politischen Asyls in der DDR«. In: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*, 2004, S. 355–378.

25 Vgl. Mac Con Uladh, Damian, »»Studium bei Freunden?< Ausländische Studierende in der DDR bis 1970«. In: Müller / Poutrus (Hg.), *Ankunft – Alltag – Ausreise* (wie Anm. 11), S. 175–220.

26 Schüle, Annegret, »Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter in der DDR«, in: Demke, Elena / Schüle, Annegret (Hg.), *Ferne Freunde – Nahe Fremde, Ausländer in der DDR: Unterrichtsmaterialien zum Thema Ausländer in der DDR* des Berliner Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der Ehemaligen DDR, Berlin 2006, S. 35–58.

27 Schulz, Mirjam, »Migrationspolitik der DDR. Bilaterale Anwerbeverträge von Vertragsarbeitnehmern«, in: Christian Priemel, Kim (Hg.), *Transit – Transfer. Politik und Praxis der Einwanderung in der DDR 1945–1990*, Berlin 2011, S. 143–168.

28 Vgl. Gruner-Domić, Sandra, »Vietnamesische, mosambikanische und kubanische Arbeitswanderer in der DDR im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts«. In: Bade, Klaus J. (Hgs.), *Enzyklopädie Migration in Europa*.

Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Paderborn. 2007, S. 1078–1081.

29 Demke, Elena, »Fremdbild und Selbstbild – Fotoanalysen zu Ausländern in der DDR«, in: dies. / Schüle, Annegret (Hg.), Fremde Freunde – Nahe Fremde, Berlin 2006, S. 101–146; Haak, Jessica, »Ausländer in der DDR im Spiegel der Tagespresse. Eine Analyse der Berichterstattung von den Anfängen der DDR bis zur Wiedervereinigung«, in: Priemel (Hg.), Transit – Transfer, S. 247–271.

30 Vgl. Rabenschlag, Ann-Judith, Völkerfreundschaft nach Bedarf, Ausländische Arbeitskräfte in der Wahrnehmung von Staat und Bevölkerung der DDR. Stockholm 2014.

31 Dennis, Mike, »Asian and African Workers in the Niche Society«, in: ders. / La-Porte, Norman, State and Minorities in Communist East Germany, New York 2011, S. 87–123.

32 Nguyen Van, Huong, »Zuwanderung von Vietnamesen mit Zwischenstation als Gastarbeiter in der DDR«, in: Heller, Hartmut (Hg.), Neue Heimat Deutschland. Aspekte der Zuwanderung, Akkulturation und emotionalen Bindung. Vierzehn Referate einer Tagung der Deutschen Akademie für Landeskunde, Erlangen 2002, S. 289–312.

33 Vgl. Poutrus, Patrice G., »Migranten in der ›Geschlossenen Gesellschaft‹. Remigranten, Übersiedler, ausländische Studierende, Arbeitsmigranten in der DDR«, in: Jochen Oltmer (Hg.), Handbuch Staat und Migration vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Berlin / Boston 2016, S. 967–995.

34 Dies gilt auch für Produktionen wie das Theaterstück »Sonnenblumenhaus« (Dan Thy Nguyen und Iraklis Panagiotopoulos, 2014) und dessen preisgekrönte Hörspielfassung.

35 Vgl. Dennis, Mike, »Die vietnamesischen Vertragsarbeiter und Vertragsarbeiterinnen in der DDR, 1980–1989«, in: Weiss, Karin /

Dennis, Mike (Hg.), Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland, Münster 2005, S. 15–50.

36 Feige, Michael, Vietnamesische Studenten und Arbeiter in der DDR und ihre Beobachtung durch das MfS / [Hrsg.: d. Landesbeauftragte für d. Unterlagen d. Staatssicherheitsdienstes d. Ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt] Sachsen-Anhalt 1999.

37 Zwengel, Almut, »Algerische Vertragsarbeiter in der DDR. Doppelter Sozialstatus, späte Adoleszenz und Protest«, in: Dies. (Hg.), Die ›Gastarbeiter‹ der DDR – Politischer Kontext und Lebenswelt, Berlin / Münster 2011, pp. 71–98.

38 Vgl. Mense, Jürgen, »Ausländerkriminalität in der DDR. Eine Untersuchung zu Kriminalität und Kriminalisierung von Mosambikanern 1979–1990«. In: Priemel (Hg.), Transit – Transfer, S. 211–244. Und der Beitrag der Initiative 12. August in diesem Buch.

39 Waibel, Harry, Der gescheiterte Anti-Faschismus der SED. Rassismus in der DDR., Frankfurt am Main 2014. — Ericas, Rainer, »Hetzjagd im August 1975 in Erfurt. Wie Ausländerfeindlichkeit in der DDR verharmlost und verleugnet wurde.« In: Gerbergasse 18. Thüringer Vierteljahrszeitschrift für Zeitgeschichte und Politik. 4/2018, Heft 89, S. 22–25; <https://initiative12august.de>.

40 Feige, Michael, »Vietnamesische Vertragsarbeiter. Staatliche Ziele – lebensweltliche Realität«, in: Zwengel, Almut (Hg.), Die Gastarbeiter der DDR – Politischer Kontext und Lebenswelt, Berlin 2011, S. 35–52.

41 Zatlín, Jonathan R., »Scarcity and resentment. Economic sources of xenophobia in the GDR 1971–1989«. In: Central European History, 40/4 (2007), S. 683–720.

42 Raendchen, Olive, »Fremde in Deutschland. Vietnamesen in der DDR«, in: Hinz, Hans-Martin (Hg.), Zuwanderungen – Aus-

wanderungen. Integration und Desintegration nach 1945, Berlin 2001, S. 78–101.

43 Berger, Almuth, »Nach der Wende: Die Bleiberechtsregelung und der Übergang ins vereinte Deutschland«, in: Weiss, Karin / Dennis, Mike (Hg.), Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland, Münster 2005, S. 69–76.

44 Dan Thy Nguyen reflektiert in seinem Beitrag kritisch die Integrationsrezeptionen der vietnamesischen Community in Deutschland (anm. der Hrsg.).

45 Weiss, Karin, »Nach der Wende. Vietnamesische Vertragsarbeiter und Vertragsarbeiterinnen heute«, in: dies. / Dennis, Mike (Hg.), Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland, Münster 2005, S. 51–67.

46 Weiss, Karin, »Zuwanderung und Integration in Ostdeutschland«, in: dies / Kindelberger, Hala (Hg.), Zuwanderung und Integration in den neuen Bundesländern. Zwischen Transferexistenz und Bildungserfolg, Freiburg Br. 2007, S. 33–59.

47 Poutrus, Patrice G., Umkämpftes Asyl. Vom Nachkriegsdeutschland bis zur Gegenwart. Berlin 2019.

48 Poutrus, Patrice G., »Das Fremde bleibt fremd! Zur Aktualität zeithistorischer Forschung. Ein Kommentar zum Thesenpapier: »Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern« aus dem Jahr 2000«. Online abrufbar unter: <https://zeitgeschichte-online.de/das-fremde-bleibt-fremd-zur-aktualitaet-zeit-historischer-forschung> [letzter Zugriff: 23.07.2020], veröffentlicht: September 2015.